



-I-4- Oberlandesgericht Köln, [REDACTED]

Rechtsanwälte  
Gansel



19.11.2024

Seite 1 von 1

Aktenzeichen

**I-4 U 13/24**

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter

Frau [REDACTED]

Durchwahl

0221 - 7711-840

Ihr Zeichen: [REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Rechtsstreit

Mercedes-Benz Group AG gegen [REDACTED]

wird Ihnen anliegende Abschrift zur Kenntnisnahme übersandt.

Mit freundlichen Grüßen



Justizobersekretärin

- automatisiert erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Anschrift



Sprechzeiten

Mo., Di 08:30 - 15:00 Uhr; Mi.-

Fr. 08:30-14:30 Uhr

Telefon

0221 - 7711 - 0

Telefax:

0221 - 7711 - 600

Nachbriefkasten:



Konten der Zahlstelle des

Amtsgerichts Köln: Bundesbank

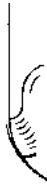
IBAN

DE87 3700 0000 0037 0015 12

Verkehrsanbindung: KVB-

Linien: 16, 18 Bus: 140

I-4 U 13/24  
33 O 372/22  
Landgericht Köln



## Oberlandesgericht Köln

### IM NAMEN DES VOLKES

### Urteil

In dem Rechtsstreit

der Mercedes-Benz Group AG, vertreten durch den Vorstand,

[REDACTED],

Beklagten und Berufungsklägerin,

Prozessbevollmächtigte:

[REDACTED]

[REDACTED] ([REDACTED]), KÖ-Quartier,

[REDACTED],

gegen

Herrn [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED]  
[REDACTED],

Kläger und Berufungsbeklagten,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Gansel,

Wallstraße 59, [REDACTED],

hat der 4. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln

auf die mündliche Verhandlung vom 29.10.2024

durch die Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Ahlmann, den Richter am

Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Einzelrichters der  
33. Zivilkammer des Landgerichts Köln vom 18. Januar 2024 - 33 O

Oberlandesgericht Singbartl und die Richterin am Oberlandesgericht Dr. Taube  
**für Recht erkannt:**

372/22 - unter Zurückweisung des weitergehenden Rechtsmittels teilweise abgeändert und in der Hauptsache wie folgt neu gefasst:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 1.659,50 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz hieraus seit dem 17. September 2022 zu zahlen; im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Die Kosten des Rechtsstreits tragen im ersten Rechtszug der Kläger zu 93 % und die Beklagte zu 7 %, die Kosten des Berufungsrechtszugs werden gegeneinander aufgehoben.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Ohne **Tatbestand** (gemäß § 313a Abs. 1 ZPO).

Ahlmann

Singbartl

Dr.

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Oberlandesgericht Köln



## Oberlandesgericht Köln

### IM NAMEN DES VOLKES

#### Urteil

In dem Rechtsstreit

der Mercedes-Benz Group AG, vertreten durch den Vorstand,

[REDACTED],

Beklagten und Berufungsklägerin,

Prozessbevollmächtigte:

[REDACTED]  
[REDACTED] ([REDACTED]), KÖ-Quartier,  
[REDACTED],

gegen

Herrn [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED],

Kläger und Berufungsbeklagten,

Wallstraße 59, [REDACTED],  
Rechtsanwälte Gansel,

Prozessbevollmächtigte:

hat der 4. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Köln  
auf die mündliche Verhandlung vom 29.10.2024

Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Einzelrichters der  
33. Zivilkammer des Landgerichts Köln vom 18. Januar 2024 - 33 O

durch die Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Ahlmann, den Richter am Oberlandesgericht Singbartl und die Richterin am Oberlandesgericht Dr. Taube

**für Recht erkannt:**

372/22 - unter Zurückweisung des weitergehenden Rechtsmittels teilweise abgeändert und in der Hauptsache wie folgt neu gefasst:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 1.659,50 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz hieraus seit dem 17. September 2022 zu zahlen; im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Die Kosten des Rechtsstreits tragen im ersten Rechtszug der Kläger zu 93 % und die Beklagte zu 7 %, die Kosten des Berufungsrechtszugs werden gegeneinander aufgehoben.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Ohne **Tatbestand** (gemäß § 313a Abs. 1 ZPO).

Ahlmann

Singbartl

Dr.

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Oberlandesgericht Köln



**Öffentliche Sitzung  
des 4. Zivilsenats des Oberlandesgerichts**

■■■■■, 29.10.2024

Geschäfts-Nr.:

I-4 U 13/24

**Gegenwärtig:**

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Ahlmann  
als Vorsitzende

Richter am Oberlandesgericht Singbartl

Richterin am Oberlandesgericht Dr. Taube

als beisitzende Richter

- Ohne Protokollführer gem. § 159 ZPO / Protokoll wurde vorläufig auf Tonträger aufgezeichnet -

**In dem Rechtsstreit**

der Mercedes-Benz Group AG, vertreten durch den Vorstand,

■■■■■,

Beklagten und Berufungsklägerin,

- Prozessbevollmächtigte:

■■■■■

GmbH & Co KG (■■■■■), KÖ-Quartier,

■■■■■

-

g e g e n

Herrn ■■■■■, ■■■■■,

Kläger und Berufungsbeklagten,



- Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Gansel ,  
Wallstraße 59, [REDACTED] -

**erschieden bei Aufruf:**

1. Für die Beklagten Rechtsanwalt [REDACTED]

2. für den Kläger Rechtsanwalt Capellmann in Terminsvollmacht für Rechtsanwälte  
Gansel pp..

Der Prozessbevollmächtigte der Beklagten stellt den Antrag aus der Berufungsbegründung vom 11.03.2024, Bl. 115 der ■■■ Akte.

Der Prozessbevollmächtigte des Klägers stellt den Antrag aus dem Schriftsatz vom 15.05.2024, Bl. 221 der ■■■ Akte.

Die Sach- und Rechtslage wird erörtert.

Im Rahmen der Erörterung legt der Senat im Einzelnen dar, dass das Landgericht dem Grunde nach dem Kläger zu Recht einen Anspruch auf Ersatz des Differenzvertrauensschadens zuerkannt hat, dieser aber mit Rücksicht darauf, dass die beanstandete Kühlmittelsolltemperaturregelung mit dem Software Update beseitigt worden ist, lediglich noch mit 5 % des Kaufpreises zu bemessen sein dürfte.

Der Prozessbevollmächtigte des Klägers erklärt auf Befragen, dass das Fahrzeug eine aktuelle Laufleistung von 137.099 km aufweise. Er legt hierzu den Ausdruck eines Lichtbildes vor.

Der Prozessbevollmächtigte der Beklagten erklärt nach Einsichtnahme in dieses Lichtbild, dass er diese Laufleistung unstreitig stellen könne.

Die Sitzung wird sodann für eine Zwischenberatung des Senats unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung wird ein Urteil mit dem aus der Anlage ersichtlichen Tenor verkündet. Dieses wird zu Protokoll gemäß § 540 Abs. 1, S. 2 ZPO wie folgt begründet:

Dem Kläger steht ein Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV nur in zuerkannter Höhe zu. Die Beklagte hat jedenfalls durch den Einsatz des Thermofensters im Sinne einer außertemperaturabhängigen Steuerung der Abgasrückführung im Klägerfahrzeug objektiv das vorgenannte Schutzgesetz verletzt. Die Abgasreinigung mit Auswirkungen auf das Emissionsverhalten wird unter den im Unionsgebiet üblicherweise herrschenden Betriebsbedingungen verringert, ohne dass dies ausnahmsweise aus Gründen des Motorschutzes gerechtfertigt wäre. Die Beklagte hat selbst erstinstanzlich vorgetragen, dass die Abgasrückführung ursprünglich bei betriebswarmem Motor unterhalb von etwa 14 °C Umgebungslufttemperatur

schrittweise reduziert werde. Sie hat weder substantiiert vorgetragen noch unter Beweis gestellt, dass das außertemperaturabhängige Herunterfahren der Abgasreinigung ausnahmsweise zulässig wäre. Dass hierdurch die Risiken von Ölverdünnung, Ablagerungen und Schmierverlust vermieden werden, reicht nicht aus. Sie hat sich ferner hinsichtlich der durch die objektive Schutzgesetzverletzung indizierten Fahrlässigkeit nicht entlastet. Sie hat schon auf der ersten Stufe nicht konkret dargetan, dass sich sämtliche verfassungsmäßig berufenen Vertreter über die Rechtmäßigkeit der Einrichtung irrten bzw. im Fall der Ressortaufteilung ihren damit verbundenen Pflichten genügten. Den Schaden des Klägers bemisst der Senat mit 5 % des ursprünglichen Kaufpreises. Hierfür sind folgende Erwägungen maßgeblich: In Bezug auf die Ausgestaltung des Thermofensters bestand aus der ex-ante-Sicht eines objektiven Dritten im Zeitpunkt des Erwerbs des Fahrzeugs durch den Kläger nur eine geringe Wahrscheinlichkeit für das Einschreiten deutscher Behörden. Der Schaden ist in Bezug auf das Thermofenster nicht durch das am 21.12.2019 aufgespielte Software Update beseitigt worden. Insoweit kann dahingestellt bleiben, ob der zweitinstanzliche Vortrag der Beklagten zur Aufweitung des Arbeitsbereichs des Thermofensters, den der Kläger bestritten hat, berufsrechtlich noch zu berücksichtigen ist und zutrifft. Denn selbst wenn man zu Gunsten der Beklagten diesen Vortrag zu Grunde legen würde, wäre der Schaden in Bezug auf das Thermofenster nicht entfallen, da nach Sachdarstellung der Beklagten nunmehr die Abgasrückführungsrate erst unterhalb von Umgebungslufttemperaturen von 4 °C reduziert wird, und damit die Abgasreinigung immer noch unter Temperaturen, wie sie im Unionsgebiet allgemein üblich sind, verringert wird. Die von dem Kläger erstinstanzlich gerügte Manipulation des On-Board-Diagnosesystems bleibt für die Bemessung des Schadens ohne Auswirkung, da es sich hierbei nicht um eine Abschaltvorrichtung handelt. Es kann dahingestellt bleiben, ob es sich bei der Ausgestaltung der Kühlmittelsolltemperaturregelung, wie sie ursprünglich im Fahrzeug vorgelegen hat, um eine unzulässige Abschaltvorrichtung handelte, wofür der Rückruf des Kraftfahrt-Bundesamtes sprechen könnte. Denn nach dem unwidersprochen gebliebenen Vortrag der Beklagten ist den diesbezüglichen Beanstandungen des Kraftfahrt-Bundesamtes durch das Software Update abgeholfen worden und der Schaden deshalb insoweit entfallen.

Die vom Kläger gezogenen Vorteile übersteigen den wahren Wert des Fahrzeugs nicht, so dass keine Anrechnung stattfindet. Ausgehend von einem fünfprozentigen Schaden beträgt der wahre Wert des Fahrzeugs 31.530,50 €. Unter Zugrundelegung der im heutigen Termin unstreitig gestellten aktuellen Laufleistung des Fahrzeugs und

einer maximalen Gesamtleistung von 250.000 km, wie sie der Senat in ständiger Rechtsprechung zugrunde legt, ergibt sich ein Nutzungsvorteil des Klägers in Höhe von 12.535,59 €. Den Restwert schätzt der Senat jedenfalls nicht über 18.000 €. Die von den Parteien vorgetragene Werte waren nicht uneingeschränkt zugrunde zu legen. Der von dem Kläger behauptete Restwert von 10.000 € berücksichtigt Sonderausstattungen nicht. Bei den von der Beklagten vorgelegten Angeboten auf Gebrauchtwagenbörsen handelt es sich lediglich um Offerten, die den Restwert nicht widerspiegeln, da sie einen Verhandlungsspielraum beinhalten.

Anspruch auf Ersatz vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten besteht neben dem Differenzvertrauensschaden nicht. Der Zinsanspruch folgt aus §§ 291, 288 Abs. 1 BGB. Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 ZPO. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit folgt aus §§ 708 Nr. 10, 713 ZPO.

**b. u. v. :**

Der Streitwert des Berufungsverfahrens beträgt 4.000,00 €.

Ahlmann

**Für die Richtigkeit der Übertragung vom Tonträger**

■■■■■■■■■■, Justizbeschäftigte  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle